

Pragmatik und Systematik im politischen Handeln

Fritz W. Peter, 27. Aug. 2005

Vor kurzem vermissten ihn einige noch und forderten mehr Präsenz und Profil der Kandidatin in der Debatte und den Medien; andere – die den überfälligen politischen Wechsel fürchten – versuchten, den „Merkel-Faktor“ entweder klein- oder wegzureden.

Der Merkel-Faktor

Der Versuch des *Wegredens* beruht zum Teil auf einem *Wegsehen* vom realen Geschehen. In Wirtschaftskommentaren finden sich klare Ansagen, vgl. u.a. *Handelsblatt* vom Wochenende, Samstag 20.8.05: „*Fast unisono hoffen die ausländischen Investoren, dass bei den Neuwahlen am 18. September Christdemokraten und FDP gewinnen, weil sie sich von einer schwarz-gelben Koalition ein höheres Reformtempo erhoffen.*“ – „*In Erwartung, dass Schwarz-Gelb gewinnt, haben Investmentbanken und Fondsmanager deutsche Wertpapiere in ihren Portfolios bereits höher gewichtet.*“ (1)

Ich möchte hier jedoch einen noch grundlegenden Aspekt anschneiden, den es positiv hervorzuheben gilt, nämlich das Bemühen um mehr Konzentration auf *vorrangige* Aufgaben und um deren *systematische* Behandlung und Lösung.

Beispiel: Wie könnte Europa seinen zu wünschenden Einfluss als Ordnungs- und Friedensmacht (2) jemals in genügender Weise ohne enge transatlantische Bindung entfalten? Schröder spielt aber derzeit (mit seinen Kommentaren zur Iran-Thematik) z.T. erneut das Spiel, das er in den Irak-Auseinandersetzungen für sich wahltaktisch einsetzte. Die deutsche Unberechenbarkeit in Bezug auf

das transatlantische Verhältnis hätte mit einer Kanzlerin Merkel ein Ende, d.h. das Instrument der Diplomatie käme wieder wirkungsvoller zum Einsatz. Eine effektivere Politik (als in den vergangenen Jahren) wäre die Folge. Auch im inneren Diskurs der EU-Partner würden statt „Achsen“-Profilierung und unzeitgemäßer nationaler Rhetorik wieder leisere und *zielführendere* diplomatische Töne dominieren. (3)

Auch zur Innenpolitik einige Beispiele: Das Konzept der „Gesundheitsprämie“ markiert einen notwendigen Neuanfang in der Diskussion der Sozialsysteme in Deutschland, damit eine auch langfristig gelingende Absicherung der Gesundheitsrisiken finanzierbar bleibt. Zwar stellt der gegenwärtige Entwurf einen Kompromiss dar, die notwendige Neuorientierung ist jedoch eingeleitet. Auch steuerpolitisch wird es zu essentiellen Kompromissen zwischen sehr schlanken Modellen einerseits und durchsetzbaren Lösungen andererseits kommen, aber auch hier ist mit der Berufung von *Paul Kirchhof* der Einstieg in eine systematische Umsteuerung signalisiert worden. (4)

Nicht nur bei dieser „Personalie“ hat Frau Merkel den Ball auf den Punkt gelegt, ebenso tat sie dies – nach ebenso langer wie schwieriger Abwägung – bei der Wahl des Kandidaten für das Bundespräsidentenamt. Die angeführten Beispiele sind hier aber vor allem als Illustration einer weitergehenden Aussage gedacht: Die Argumentation im Text zielt auf einen grundlegenden Aspekt des „Politikbetriebs“, nämlich das *Verhältnis von „Systematik“ und „Pragmatik“* im politischen Handeln der Parteien oder Regierungen.

Systematik / Pragmatik

In diesem Verhältnis bedarf es einer *entschiedeneren rationalen Steuerung*, da andernfalls das tagespolitische Moment fast immer die Oberhand gewinnt. In Wirtschaftsunternehmen ist der Ausgleich zwischen den Anforderungen des Tagesgeschäfts und der Strategie seit zwei Jahrzehnten immer wieder mit der

Formel gesucht und bezeichnet worden: „Gestalten statt verwalten“. Wo dies nicht oder nur unzureichend geschah, kam es schließlich (unvermeidlich) zu einschneidenden und abrupten Eingriffen, die bei kontinuierlicher *rechtzeitiger* Prozessinnovation mit weniger Verlust und oft sicher auch sozialverträglicher hätten erfolgen können. Nicht nur „Macher“ waren gefragt, sondern konzeptionell gesteuerte Handlungsweisen – eine Verbindung aus strategischer Zielkonstanz und taktischer Umsetzungsflexibilität (vgl. Grafik, S. 5).

Auch Politik hat sich zu sehr im „Verwalten“ und „Fortschreiben“ bisheriger Systeme erschöpft. Notwendige Paradigmenwechsel wurden nicht oder ohne Gesamtkonzept vollzogen. *Systematischen* Innovationen (mit der Zielsetzung struktureller Reformen) standen vielfältige Interessenlagen, das Wählervotum oder das Beharrungsvermögen der praktischen Politik entgegen – politische Showeffekte (statt Sachpolitik) wurden vom Wähler über einen längeren Zeitraum sogar honoriert. Systematisches Handeln – *Rationalität* – wird sich nun gegenüber einem reinen Pragmatismus und Populismus durchsetzen müssen. „*Rationalität*“ wird dabei verstanden als steuerndes Prinzip im Verhältnis von Systematik und Pragmatik – bezogen auf die Politikkonzeption wie die politische Handlungsweise.

Systematik (d.h. innere Sachlogik) und *Pragmatik* (die Beachtung äußerer Einflussfaktoren) sind eigenständige Erfordernisse, d.h. *beide* (auch das *sachlogische* und nicht nur das *opportune* Handeln) verlangen Berücksichtigung. Erst in dieser Abwägung offenbart sich eine *rational* angelegte Politik.

Die jeweilige relative Gewichtung der systematischen und pragmatischen Erfordernisse von Politik wird besonders in Zeiten einer *Strukturkrise* eher zugunsten sachbestimmter Notwendigkeiten ausfallen müssen, anders gesagt, in einer *rational* angelegten Politik wird (auf Basis eines von Werten getragenen und realitätsbezogenen Entscheidungsverhaltens) eine eher „unideologische“, langfristig situationsgerechte Steuerung dominieren müssen.

Rationale Balance

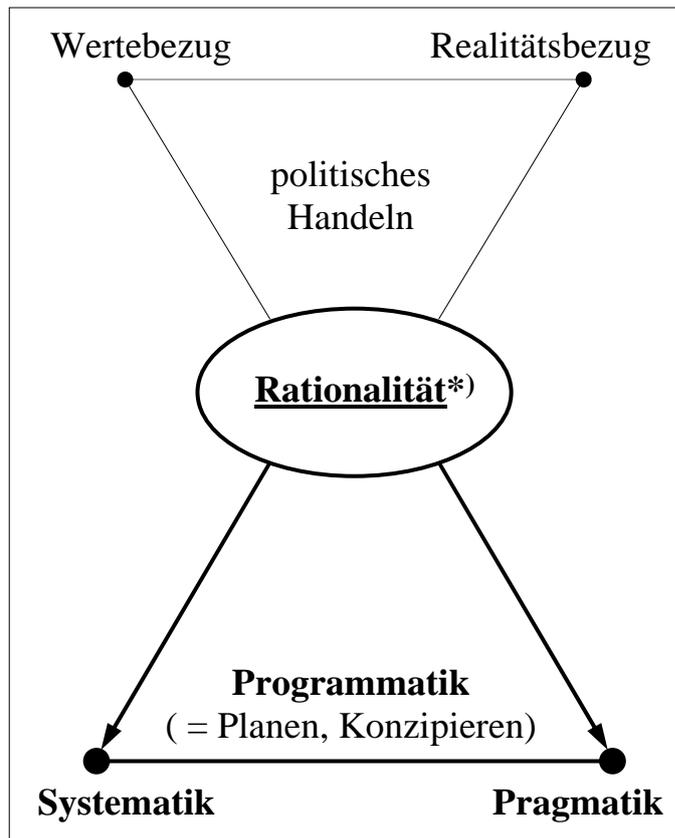
Die praktische Bedeutung der letzteren Aussage springt sofort ins Auge, wenn man etwa *die Rolle Prof. Kirchhofs* in einer – günstigenfalls mit „bürgerlicher“ Mehrheit – in Kürze zu bildenden neuen Regierung betrachtet. In den Fragen einer Steuerreform bedarf es wg. der komplizierten Interdependenzen und fundamentalen Auswirkungen auf die Gesellschaft sehr hoher fachlicher Kompetenz. Immanente Logik und äußerer Bezugsrahmen müssen überblickt werden, damit Reformvorhaben in ihrer Realisierbarkeit und Potenzialität und Reformschritte in ihrer Abfolge richtig beurteilt werden können. Die Möglichkeiten eines bloßen politischen Pragmatismus in Bezug auf das bestehende Steuerrecht sind offenkundig seit Jahren erschöpft. Dies zwingt nun zu einem systematischen Reformansatz, begrifflicher Neuorientierung und systemlogischer Verknüpfung der Elemente. Dem strukturierten Gedanken gebührt daher ein zentraler – nicht nur nachgeordneter – Platz in der Entscheidungsfindung zu diesem Thema. (vgl. Glosse, Anmerk. 5)

Anders gesagt, die begriffslogische Beurteilung der Sachverhalte darf nicht durch Diktate des politischen Pragmatismus verdrängt werden. *Politische Führung* wird darin bestehen, einerseits das notwendige Maß an Einfluss und Autonomie für den systematischen Reformentwurf zu sichern und andererseits einen praxisgerechten, kompromissfähigen Reformweg zu beschreiten. Pragmatik auf Kosten von Systematik entspricht einer Politik ohne Hand und Fuß.

Anders als in den vergangenen Jahren wird eine systematischere und realitätsbezogene Politik gelingen müssen, wenn es zu einer Lageverbesserung kommen soll. Frau Merkel hat diesen Anspruch oft formuliert und verfügt über die Voraussetzungen, um ihrem Anspruch gerecht zu werden, nämlich eine **rationale Balance** zwischen den Erfordernissen systematischer Innovation und politischer Praxis herzustellen. *Genau darin liegt der „Merkel-Faktor“*, auf den bereits, wie oben durch Zitat erwähnt, von verschiedener Seite gebaut wird. (6)

Politische Optionen zwischen ‚Pragmatik‘ und ‚Systematik‘ – in schematischer Darstellung:

Vgl. Ausführungen auf S. 3f. In einem einfachen Schema, das hier auf die Bedürfnisse der Politik ausgerichtet ist, lässt sich dies wie folgt darstellen:



*) **Rationalität** als steuerndes Prinzip für das Verhältnis von „Systematik“ u. „Pragmatik“

Das Prinzip der **Rationalität** schließt ein: Analyse, Diskurs und Entscheidungsfindung.

Systematik (d.h. innere Sachlogik) und **Pragmatik** (die Beachtung äußerer Einflussfaktoren) sind eigenständige Erfordernisse, d.h. **beide** (auch das *sachlogische*, nicht nur das *opportune* Handeln) verlangen Berücksichtigung. Erst in dieser Abwägung offenbart sich eine **rational** angelegte Politik.

Das Augenmerk liegt hier auf dem unteren Dreieck der Darstellung, daher die größere Strichstärke und der Fettdruck.

Die Verbindungslinien des oberen Dreiecks verdeutlichen den Anspruch auf aktive und rational mitbestimmte Rückkoppelung zwischen den Ausgangspunkten **Wertebezug** und **Realitätsbezug** – hier als Bezugspunkte politischen Handelns.

Auf der Skala zwischen systematischer Konzeption und politischem Alltagsgeschäft steht der im Merkelschen Kompetenzteam für den Bereich Finanzen-Steuern-Haushalt aufgestellte *Paul Kirchhof* ebenso wenig ausschließlich am Endpunkt „Systematik“ wie etwa der für Außen- und Sicherheitspolitik zuständige „Praktiker“ *Wolfg. Schäuble* – ginge man vordergründig nur von seiner

jahrzehntelangen Vereinnahmung durch die politische Praxis aus – allein am Punkt „Pragmatik“ anzusiedeln wäre. *Schäuble* verbindet systematische Betrachtung und praktisch-politische Sensibilität. Das Beispiel zeigt, dass eine Integration von systematischer Haltung einerseits und praktisch-politischer Beurteilungsgabe andererseits in hohem Maße vorhanden sein kann. (Gewiss könnte diese Aussage auch für die Person des Bundespräsidenten, den ich im vorliegenden Themenzusammenhang zuvor erwähnte, geltend gemacht werden.)

Einer Kanzlerin Merkel und ihrem Führungsteam wird es möglich sein, in wichtigen Fragen fachliche und politische Urteile zu integrieren. In einem zutiefst reformbedürftigen Deutschland geht es darum, um es mit einem Wort Friedrich Schillers zu sagen, die Uhr zu reparieren, während sie schlägt. In ihrer zwar medial zurückhaltenden, aber konsequenten Orientierung an rationalen Positionen und Grundsätzen, kurz, in ihrer ganz und gar *unshröderschen* Art, etabliert sich im Entscheidungshandeln Frau Merkels jener Faktor, der für den Reformprozess unabdingbar ist, nämlich konstruktiv Balance halten zu können zwischen systematischem und pragmatischem Handeln.

Bund-Länder-Balance

Diese Balance ist auch im Verhältnis von Bund und Ländern verlangt. In einem föderalen Staat sind starke Landeschefs zu Recht nur mit politisch und rational zwingenden Gründen einzubinden. Angela Merkel wird mit ihrem Profil den Weg rationaler Argumentation und Interessenaushandlung einschlagen, ebenso in Fragen, bei denen schnell Einvernehmen erzielt werden kann, wie bei solchen, die eine Auseinandersetzung erfordern. So ist es wahrscheinlich, dass es als Element der notwendigen Reformen in Deutschland auch zu Klärungen im Kompetenzgeflecht zwischen Bund und Ländern kommen wird. Mit einer den Verwaltungszentralismus stärkenden Strategie jedoch – wie es Rotgrün für die Bildungspolitik anstrebte – ist dies freilich nicht möglich.

Resümee

Der Erfolg künftiger Politik hat zur *Bedingung*, dass in der Politik und Programmatik der Regierung neben dem Pragmatismus der Macht und dem Pragmatismus einer bloßen Interessenvertretung auch eine *von Systematik geprägte* Reformarbeit endlich zum Zug kommt. Letztlich ist das Wort vom „Merkel-Faktor“ nichts als eine Umschreibung eben dieses Erfordernisses. Wenn der politische Gegner diesen Faktor verkennen will, erscheint das verständlich, auf Seiten der Befürworter einer neuen Politik kann er aber als Weg und Chance erkannt werden, den Reformstau durch *fundierteres* und *zielführenderes* Handeln (als es in den vergangenen Jahren Regierungspraxis war) zu überwinden. (7) (8) (9)

Anmerkungen:

(1) G. Hussla, „*Großinvestoren hoffen auf Merkel*“, in: Handelsblatt online, 20.8.05

(2) Diese beiden Begriffe gehören zusammen. Einflussnahme im Sinne *friedenspolitischer* Maßnahmen ist stets auch *außenpolitische* Einflussnahme, verlangt also entsprechendes „*standing*“, d.h. Gewicht und Perspektive: *Gewicht* auch durch verstärkte (europäische) Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, *Perspektive* durch tragfähige politische Konzepte, wirksame wirtschaftliche Anreize, überzeugende politisch- oder wirtschaftlich-kooperative Angebote. Hinter all dem wird stets und nicht zuletzt politische Macht und Handlungsfähigkeit stehen müssen. Wie ist es darum in Europa bestellt? Das Tandem Schröder-Chirac hat Europa nicht weiterbringen können sondern blockiert, somit auch unter *friedenspolitischen* Gesichtspunkten blockiert. Schröder (u. Beratern) fehlte in diesem Zusammenhang ein ausreichendes Bewusstsein der *ordnungspolitischen* Erfordernisse im Zusammenwirken mit der *trans-*

atlantischen Führungsmacht. Konstruktive Interaktivität im wechselseitigen Verhältnis ist eine Bedingung sine qua non für den außenpolitischen Erfolg.

(3) Ausführliche Darlegungen u.a. in: „*Schröder, Chirac: Re-Nationalisierung der Politik*“, Oktober 2004, www.wadinet.de/news/dokus/Das_Alte_Europa.pdf [*Nachtrag v. Nov. 2005*: „*Ende der Flegeljahre in der deutschen Politik*“, Okt. 2005, www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf]

(4) Zur Bilanz von Rotgrün, vgl. u.a. „*Politik der leeren Hand – Teil 1: Innen- bzw. Reformpolitik*“, Juni 2005, <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=52>

(5) Momentaufnahme – Glosse – zur bisherigen Situation: „*(stag)NATION DEUTSCHLAND*“, März 2005, <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=39>

(6) Profilvergleich Schröder-Merkel: „*Kanzlerduell – und politische Vision*“, Juli 2005, www.wadinet.de/news/dokus/30_Kanzlerduell.pdf oder <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=54>

(7) Zum Punkt „fundiertere Politik“/„Ratio in der Politik“ u.a. „*Weg frei für eine fundiertere Politik*“, Juli 2005, www.wadinet.de/news/dokus/32_fuer-fundierte-Politik.pdf, <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=55>; „*Rückkehr der Ratio in die Politik*“, 7/05, www.wadinet.de/news/dokus/34_Rueckkehr-der-Ratio-in-die-Politik.pdf, <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=57>

(8) Zum Thema „Reformpolitik“ vgl. auch: „*Europa in seinem Lebensabend*“, Juni 2005, <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=37> ; „*Die Welt ist kugelförmig und flach wie ein Teller. Zum Verhältnis v. Globalisierung u. Nationalstaat*“, Juli 2005, <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=57> (es handelt sich um Beiträge aus der *Washington Post*)

(9) Ebenfalls zum Thema „Reformpolitik“ – geschrieben im Hinblick auf die Stagnation der vergangenen Jahre: „*Reformfähigkeit zweifelhaft*“, April 2003, <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=38>